

## Executive Briefing

### Rede zur Lage der Nation 2008

#### Bushs außenpolitische Agenda im letzten Regierungsjahr

Politisches Frühstück in der DGAP am 29. Januar 2008

Von Simon Koschut

#### 1. Hintergrund

Am 28. Januar 2008 hielt US-Präsident George W. Bush vor dem Kongress seine wohl letzte Rede zur Lage der Nation. Auf welche außenpolitischen Initiativen im letzten Jahr der Bush-Ära sollte sich deutsche Politik einstellen? In wie weit greift der Präsident mit seiner Rede in den laufenden Wahlkampf ein?

#### 2. Kernaussagen

- a) Trotz der gestiegenen Bedeutung der **Wirtschaftslage** in der amerikanischen Öffentlichkeit nimmt die drohende Rezession in den USA nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Rede ein.
- b) Mit Blick auf **Irak** verweist der Präsident dagegen ausführlich auf seine Erfolge. Er stellt die Rückkehr einzelner Truppenverbände unter dem Motto „return on success“ in Aussicht. Gleichzeitig bekräftigt er die militärische Präsenz Amerikas im Mittleren Osten.
- c) Gegenüber der **iranischen Führung** hält der Präsident an seiner harten Haltung fest. „Der amerikanische Druck auf die deutsche Bundesregierung hinsichtlich Sanktionen wird bestehen bleiben. Auch die militärische Option ist längst nicht vom Tisch“, sagt Josef Braml von der DGAP. Bis auf den Hinweis, dass der Iran den Frieden im „Heiligen Land“ gefährde, spielt der **Nahostfriedensprozess** eine untergeordnete Rolle. Wenig bleibt von der in Annapolis verbreiteten Aufbruchsstimmung. Nordkorea kommt überhaupt nicht vor.
- d) Bei der **geheimdienstlichen Überwachung** der Tele- und Internetkommunikation setzt Bush die Demokraten unter Handlungsdruck, die Abhörmaßnahmen rechtzeitig zu verlängern.
- e) Auch in der **Energie- und Umweltpolitik** hält der Präsident Kurs. Um steigenden Energiepreisen und dem Klimawandel zu begegnen, hält der amtierende Präsident den nationalen Rahmen für am besten geeignet. „Bush wird weiterhin auf Technologie setzen und den multilateralen Post-Kyoto-Prozess unterlaufen“, erwartet Josef Braml.
- f) In der **Handelspolitik** muss Präsident Bush die größten Handlungsbeschränkungen seitens des Kongresses befürchten. Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde ist auch aus diesem Grund fraglich. Bushs primäre Ziele sind demnach bilaterale Handelsverträge mit Kolumbien, Panama und Südkorea. „Doch selbst hier muss der Präsident wie im Falle Kolumbiens den sicherheitspolitischen Kontext (Stichwort: Venezuela) bemühen, um seine Handlungsmacht gegenüber dem Kongress etwas zu verbessern“, so Josef Braml.

### 3. Fazit: Betonung der Handlungsmacht

Angesichts des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes war die Rede zur Lage der Nation 2008 für Präsident George W. Bush die letzte Möglichkeit, noch einmal die politische Agenda in seinem Sinne zu besetzen – sofern nicht ein neuer Terroranschlag oder dramatische außenpolitische Entwicklungen seine Führungsrolle als Commander-in-Chief reaktivieren.

Der Präsident stellt erstens seine innen- wie außenpolitische Handlungsmacht in den Vordergrund. Gleich zweimal verweist er ausdrücklich auf sein Vetorecht. Er versucht angesichts seiner gesunkenen Zustimmungswerte dem Eindruck des „lame duck-president“ zu widersprechen. Zweitens setzt er mit seinem Fokus auf die nationale Sicherheit die Demokraten im Kongress unter Druck, die ihrerseits bemüht sind, sicherheitspolitische Kompetenz zu demonstrieren. „Mit seiner Ankündigung von Steuernachlässen liefert er wiederum, drittens, den Republikanern ein Wahlkampfgeschenk“, erklärt die amerikanische Journalistin Melinda Crane.